

BZ-Gastbeitrag

# Wie die Kavalleriepferde beim Hornsignal

Von [BZ-Redaktion](#)

[Sa, 25. November 2023](#)

[Kommentare](#)

**Beschimpfungen und Beleidigungen in der politischen Debatte mögen die Lufthoheit über den Stammtischen sichern. Probleme löst man damit nicht, meint Klaus Leisinger.**

Erhard Eppler hat in den frühen 1990er-Jahren in einem Büchlein über "Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache" eine Aussage von George Orwell aufgenommen, die gut in die heutige Zeit passt. In einem Aufsatz über "Politik und die englische Sprache" beklagte Orwell, dass die freie politische Sprache immer öfter zu zusammengenagelten Wortgruppen degeneriere: Wörter gruppierten sich wie Kavalleriepferde beim Hornsignal automatisch in die immer gleiche Marschordnung. Sobald ein bestimmtes Thema genannt werde, stellten sich die bekannten Formulierungen ein.

An die Reaktion von Kavalleriepferden erinnert ein Großteil der politischen Debatten, die heute zu Zukunftsthemen geführt werden. Anstatt in großer Ernsthaftigkeit der Komplexität der möglichen Problemlösungen durch ein Höchstmaß an Sachargumenten Rechnung zu tragen, wird oft rundweg abgelehnt, was von der jeweils "anderen Seite" an Ansätzen vorgelegt wird. Anstatt die jeweiligen Argumente seriös zu prüfen und nach gemeinsam tragbaren Kompromissen zu suchen, werden öffentliche Hahnen- und Hennenkämpfe veranstaltet.

Das Ziel ist nicht mehr, hart um die beste Lösung zu ringen, sondern im Profilierungsvarieté zu gewinnen. In der Hoffnung, durch pfiffige Wortspiele politische Konkurrenten lächerlich zu machen oder durch höhnische Schmähungen herabzusetzen, benutzt man eine rüde Sprache – Boulevardmedien nehmen diese genussüchtig auf. Der Gebrauch von Schlagwörtern ist hier besonders problematisch, weil sie komplexe Sachverhalte einseitig wertend zu dem eindampfen, was man bei unseren französischen Nachbarn zu Recht "simplification terrible" nennt.

Dass Schönrederei und Nichtwahrhabenwollen offensichtlicher Probleme genauso schlimm sind, zeigen die bedrohliche externe Abhängigkeit von wichtigen Rohstoffen und integrierten Schaltkreisen – aber auch die Migrationsproblematik. Demokratien verlangen von denen, die Politik als Beruf haben, Verantwortung statt Gesinnungsethik (Max Weber). Der Amtseid verpflichtet Abgeordnete auf das Gemeinwohl – nicht auf partikuläre Interessen. Berufspolitiker sollten ihrem Wissen und Gewissen folgen und andere Interessen und Positionen aushalten, ohne deren Vertreter zu diffamieren. Denn mit Menschen, die einen verletzen wollen, weil ihnen die sachlichen Argumente ausgehen, kann man nicht zusammenarbeiten, weil das notwendige Vertrauen fehlt.

Es geht aber um mehr als lediglich um einen Mangel an Anstand und fehlende Professionalität. Unsere Gesellschaft steht vor großen Transformationen, sei es im Kampf gegen den Klimawandel, zunehmende Energieknappheit, abnehmende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft oder auch wachsende Armutsmigration – alles Probleme, die ungelöst die Menschen überfordern; alles Probleme, die, wenn sie nicht früh angegangen werden, schwieriger und teurer, wenn überhaupt noch lösbar werden; alles Probleme, die die Analyse der Gesamtheit des verfügbaren Sachwissens und der Vielzahl alternativer Bewertungen erfordern. Bleibt dies aus, werden Chancen zu Lasten künftiger Generationen verpasst, wird Lernen durch Schmerz dem Lernen durch präventive Innovation vorgezogen.

Als Bürger hat man die Möglichkeit, bei Wahlen unabhängig der Parteizugehörigkeit denjenigen Kandidaten besondere Achtung zu schenken, die im Ringen um die bestmögliche Lösung harte sachliche Auseinandersetzungen mit einem konstruktiven Miteinander für das gemeinsame große Ganze verbinden können.

Sprache wurde schon immer zu politischen Zwecken eingesetzt. Begriffe wurden von interessierter Seite mit jeweils eigenen Inhalten besetzt und missbraucht – teilweise so sehr, dass sie nicht mehr unschuldig verwendbar sind. Vom Konstruktivismus wissen wir, dass Menschen aufgrund von Erfahrung, Weltsicht und Interessen für sich jeweils eigene Wirklichkeiten kreieren. Das ist so lange kein Problem, als eine solche Wirklichkeit nicht "alternative Fakten" schaffen will oder von "oben" verbindlich festgelegt wird. Sprache, die zu Klischees erstarrt, wird der komplexen Wirklichkeit nicht gerecht. Politik, die nicht willens ist aufzuklären, was Sache ist und zu begründen, warum man so entscheidet, führt zu Verdrossenheit. Diese aber nützt weder der Sache noch den Menschen, weil sie neue Mehrheiten schafft.